

Andreas Khol

„DIE TRANSNATIONALE
PARTEIENZUSAMMENARBEIT
IST HEUTE EBENSO WIE
DAMALS EIN WICHTIGER,
DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG
VORANTREIBENDER FAKTOR“



Andreas Khol, geboren am 14. Juli 1941 in Bergen auf Rügen als Sohn Südtiroler Eltern, Kindheit und Jugend in Südtirol, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck, 1963 Promotion zum Dr. iur., 1969 Habilitation an der Universität Wien, 1980 a.o. Univ. Prof., Tätigkeit beim Österreichischen Verfassungsgerichtshof und in der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik, 1969–1973 Beschäftigung beim Europarat im Bereich der Menschenrechte, 1970 Eintritt in die ÖVP, 1974–1993 Direktor der Politischen Akademie der ÖVP, erster Generalsekretär der 1978 gegründeten EDU, 1983–2006 Mitglied des Nationalrats, 1994–1999 und 2000–2002 Klubobmann der ÖVP-Fraktion, 2002–2006 Präsident des Nationalrats, Mitglied des Präsidiums der ÖVP, aktuell Obmann des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB).

Das Interview fand im November 2012 schriftlich mittels eines Fragebogens statt.

Sehr geehrter Herr Prof. Khol, können Sie uns bitte etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit sagen?

Ich stamme aus einer alten Südtiroler Freibauern-Familie vom Ritten, dem Hausberg von Bozen. Im Jahre 875 stifteten meine Vorfahren hier eine Messe. Mein Vater, geboren 1908, war zuerst Militärskadett in Traiskirchen bei Wien, dann Gymnasiast in Brixen, sein Jahrgang war der erste, der die Matura auf Italienisch bestehen musste mit der Folge, dass alle 30 Schüler durchflogen und kollektiv eine Externisten-Matura in Klagenfurt machten – wer studieren wollte, studierte in Österreich oder Deutschland. Mein Vater wurde zur italienischen Panzertruppe eingezogen und musterte als Oberleutnant aus. Während seines

Studiums nach Abessinien eingezogen, kam er dieser Pflicht nicht nach und blieb in München, wo er zum Bauingenieur graduierte. In der Folge arbeitete er in einer Baufirma, die das Versuchslabor Peenemünde asphaltierte. Als er Freunden und Familienmitgliedern von den dort zwangsarbeitenden Juden erzählte, die nur wegen ihres jüdischen Glaubens ins KZ gesperrt worden waren, stieß er auf allgemeinen Unglauben: „Ja, bist Du auch schon ein Kommunist?“ Er heiratete 1937 meine Mutter Eva Crédé-Hoerder, die wegen ihrer jüdischen Mutter in Leipzig nicht promovieren konnte. Ihre Doktorarbeit war noch im Jänner 1933 als sehr gute Arbeit angenommen wurden. Sie arbeitete dann als Journalistin und promovierte nach Kriegsende 1947 in Hamburg. Ich weise auf diese Details deswegen hin, weil sie erklären, warum wir immer fanatische Anhänger der europäischen Integration waren – nie wieder systematische Menschenrechtsverletzungen, nie wieder Krieg und Überwindung der Teilung der Heimat Südtirol in Europa waren Themen, die ich als Kind immer wieder diskutieren hörte. Ich wurde 1941 auf der Insel Rügen geboren, wo mein Großvater eine ärztliche Praxis hatte. Karl Crédé, Autor verschiedener Bücher, Hörspiele und Theaterstücke, war als Stabsarzt im Ersten Weltkrieg so entsetzt über die Not der Mannschaften und die Privilegien der Offiziere, dass er Sozialdemokrat wurde. Er schrieb darüber in seinem Buch „Vom Korpsstudenten zum Sozialisten“. Darob und wegen seiner jüdischen Frau erhielt er ein Praxisverbot, zog sich nach Rügen in seinen Sommerbesitz zurück und versteckte dort seine Frau. Beide überlebten, starben aber bald nach dem Krieg, der Großvater in der Folge mehrfacher Anhaltungen in einem KZ.

Als Hitler 1943 Südtirol besetzte, brachte mein Vater die Familie nach Südtirol. Er selbst baute als Major der Organisation Todt (OT)⁴⁹⁶ Flughäfen in Oberitalien. Nach dem Ende des Krieges wurde die Familie als „staatenlos“ erklärt – wegen der „Desertion“ und der Vater entging seiner Verhaftung durch eine Flucht über die grüne Grenze nach Innsbruck. Zwei Jahre später folgte die Familie. Die junge, zerbombte und arme Republik Österreich half bereitwillig. So konnte mein Vater eine Existenz gründen, von Null anfangen und 1949 erhielten wir die österreichische Staatsbürgerschaft.

496 | *Die Organisation Todt, benannt nach Fritz Todt (1891–1942), deutscher Politiker der NSDAP, war eine nach militärischem Vorbild organisierte nationalsozialistische Bauorganisation.*

Meine Volksschule begann ich in Sterzing, Südtirol, dann machte ich 1959 die Matura in Innsbruck und bezog die Innsbrucker Universität, studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1963.

Welche Erinnerungen haben Sie noch an die Kriegs- und Nachkriegszeit?

Die erste eindrucksvolle Erinnerung war ein Flugzeugabschuss in unserer Nähe in Gossensass und die Entgleisung eines ungarischen Sanitätszuges 1945 in der großen Schleife der Brennerbahn. Auch erlebte ich einen gigantischen Bombenangriff im April 1945 auf den Militärbahnhof südlich von Sterzing, im Sterzinger Moos (42 Gleise, Umladebahnhof). In Innsbruck erlebte ich den Wiederaufbau und die totale Verdrängung der nationalsozialistischen Ereignisse – so wussten wir z. B. nicht, dass der Vater eines Mitschülers in der Parallelklasse im Gymnasium, im Jahre 1955 (!) in Polen als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde. Die französische Besatzungsmacht war populär, weil sie sehr großzügig war und der französische Kommandant General Marie Émile Béthouart⁴⁹⁷ die Tiroler als Gleichberechtigte und nicht als Kriegsschuldige behandelte. Direkte Folge für mich: Ich lernte Französisch und lernte Frankreich und die Frankophonie schätzen und lieben.

Welche Ausbildung bzw. welches Studium haben Sie erfahren und wer waren für Sie prägende Lehrer?

Im Gymnasium sicherlich unser Klassenvorstand Dr. Otto Maleczek,⁴⁹⁸ ein Wiener und liberaler Großstädter, exzellenter Französisch-Professor und brillanter Klassenvater. Daneben Dr. Peter Pfeifer,⁴⁹⁹ Deutschprofessor, fanatischer Südtiroler, cholischer und strenger Lehrer, bei dem wir aber sehr gut Aufsätze schreiben und frei reden lernten, er hielt seine Trimester Prüfungen in der Form ab, dass er uns allen drei Vortragsthemen gab, die jeder Schüler vorbereiten musste, auswendig, und dann vor den Mitschülern einen der Vorträge halten musste, man wusste nicht welchen. An der Universität zog mich sehr bald der sehr bekannte und berühmte Universitätsprofessor Dr. Felix Ermacora in seinen Bann. Auch er war überzeugter Europäer und stand der damals

497 | Marie Émile Béthouart (1889–1982), französischer General, 1946–1950 Hochkommissar in Österreich.

498 | Österreichischer Lehrer am Bundesrealgymnasium Reithmannstraße und Vater des Geschichtswissenschaftlers Univ.-Prof. Werner Maleczek.

499 | Unbekannt.

herrschenden Lehre kritisch gegenüber, wonach Österreichs Neutralität die EU- (damals EWG-)Mitgliedschaft verunmögliche. Er war Mitglied der Europäischen Menschenrechtskommission des Europarats und begeisterte mich für den internationalen Menschenrechtsschutz. Noch vor meiner Promotion wurde ich wissenschaftliche Hilfskraft bei Ermacora, danach Universitätsassistent, und, nach Wien berufen, nahm er mich 1964 dorthin mit. Dort habilitierte ich mich mit einem Thema des internationalen Menschenrechtsschutzes und publizierte einige Arbeiten zur europäischen Integration durch das Recht. Felix Ermacora war überzeugter Europäer, Internationalist, Experte der UNO, großzügiger Lehrer und dann Freund. Er vermittelte mir auch eine Auslandspraxis im Europarat. Dort wurde ich bald zum Betriebsratsobmann gewählt und kam im Rahmen der Koordinierungsgespräche mit den Personalvertretungen von sechs anderen internationalen Organisationen, so mit der NATO und der WEU, in Brüssel in Kontakt.

Wann sind Sie der Partei beigetreten und was waren für Sie die ausschlaggebenden Motive?

Ich war und bin Mitglied des Cartellverbands Österreichischer Katholischer Studenten (ÖCV). Da brauchte man damals nicht der ÖVP beizutreten, der ÖCV war die ÖVP. Ich arbeitete vor meiner Übersiedlung nach Straßburg auch im Rahmen der „Aktion 20“ in einer Expertengruppe unter Botschafter Franz Karasek an der Entwicklung der Europapolitik der Regierung Klaus mit. An eine Parteimitgliedschaft dachte ich nicht. Im Jahre 1970 verlor die ÖVP die Mehrheit und da trat ich dann aus Solidarität der ÖVP bei, Dr. Alois Mock war damals dynamischer junger Partei-Erneuerer und nahm gleich mit mir Kontakt auf. So kam ich in die Nähe von Mock und dem Wiener Arbeiter- und Angestelltenbund; später verlegte ich meine Mitgliedschaft in die Tiroler Volkspartei, wo ich heute noch gerne Mitglied bin.

Wann haben Sie zum ersten Mal „Europa“ bzw. den europäischen Integrationsgedanken wahrgenommen und welches Bild hatten Sie zu dieser Zeit von „Europa“ und dem, was es einmal werden sollte?

In jungen Jahren war ich bereits für ein Tiroler Reisebüro tätig und bin dabei mit vielen Menschen und Städten Europas in Verbindung gekommen. Dabei lernte ich einerseits das Organisieren, andererseits erfuhr ich durch viele Kontakte eine frühe Internationalisierung.

Nach der Matura in Innsbruck wurde ich bald wissenschaftliche Hilfskraft bei Felix Ermacora, damals der einzige Lehrkanzel-Inhaber, der offen für eine Mitgliedschaft Österreichs in der EWG eintrat und die österreichische Neutralität so restriktiv auslegte, wie sie bei ihrer Begründung vom damaligen Bundeskanzler Julius Raab auch gemeint war – nach dem Muster der Schweiz, also rein militärisch. Er machte auch die von Bruno Kreisky, dem späteren Bundeskanzler, betriebene Ausdehnung der Neutralität auf die gesamte Außenpolitik nicht mit und lehnte das in Wien entwickelte Konstrukt der Vorwirkungen der Neutralität ab. Er kümmerte sich persönlich um seine Mitarbeiter und ermöglichte mir einen Studienaufenthalt in Paris im Rahmen eines Seminars des Centre International de Formation Européenne (CIFE), einer französischen Lobby für Europa. Dort wurde ich 1962 zum überzeugten Anhänger eines europäischen Bundesstaats, der ich bis zum heutigen Tag geblieben bin. Ich vertrete die wissenschaftlich auch begründete Meinung, dass die EU heute zwar ein Gebilde *sui generis*, aber schon sehr nahe einem Bundesstaat ist. Europa in seiner Teilung war für mich damals ein Faktum, das mir irreversibel erschien – die Wende 1989/90 konnte ich damals nicht erträumen. Daher war für mich die europäische Einigung als Bollwerk gegen den Kommunismus sowjetischer Prägung ganz entscheidend.

Was waren für Sie die prägenden politischen Karrierestationen und die wichtigsten politischen Erlebnisse?

Beruflich war ich bis 1964 Hochschulassistent in Innsbruck, dann bis 1966 in Wien, dann Mitarbeiter im Österreichischen Verfassungsgerichtshof, habilitierte mich dort, ging nach der Habilitation 1969 zum Europarat in Straßburg, kehrte 1973 zurück und wurde Direktor der Politischen Akademie der ÖVP bis 1991. Parallel dazu meine politische Entwicklung: In Wien erfolgte bis 1969 die Mitarbeit in der „Aktion 20“ von Bundeskanzler Josef Klaus, gleichzeitig war ich Generalsekretär der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik. 1971 wurde ich Chef der Personalvertretung und 1973 Leiter der Politischen Akademie der ÖVP. 1983 wurde ich Abgeordneter im österreichischen Nationalrat, 1993 Klubobmann (Fraktionsvorsitzender) und ab 2002 Präsident des Nationalrats bis 2006. Seither bin ich Obmann des Österreichischen Seniorenbunds und damit Mitglied des Parteivorstands als Vertreter der mitgliederstärksten Teilorganisation der ÖVP. Die wichtigsten politischen Erlebnisse waren wohl folgende: Der Abschluss des Staatsvertrags 1955. Dem folgte der Ungarn-Aufstand 1956, so dann der Kampf um

die neue Autonomie Südtirols, vor und nach der Feuernacht 1961. Prof. Ermacora stand den Südtiroler Aktivisten sehr nahe und beriet die Landesregierung völkerrechtlich in den Verhandlungen, ich war in die Vorbereitungen einbezogen. 1966 erfolgte die absolute Mehrheit der ÖVP im Nationalrat und die Bekräftigung der Politik der Assoziierung an die EWG. 1968 war der Prager Frühling ein prägendes Ereignis, gefolgt von seiner Niederwalzung. Dann folgte ab 1970 die KSZE in Helsinki, die schließlich zur bahnbrechenden Schlussakte führte – eine geistige Voraussetzung für die späteren gesamteuropäischen Entwicklungen. Ab 1971 setzten die Verhandlungen um die neue Autonomie in Südtirol ein, die schließlich 1992 zur Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien führten – in der Verhandlungsphase ab 1987, als Alois Mock Außenminister geworden war, war ich in die Arbeiten einbezogen und konnte zur Streitbeilegung beitragen. Der Mauerfall war wohl die Zeitenwende schlechthin und prägend und zuvor schon die österreichischen Antragsstellung um Mitgliedschaft in der EG, ein Husarenritt und Alleingang. Den Beitritt zur EU konnte ich als Klubobmann dann im Parlament mitgestalten, vor allem die damit Hand in Hand gehende große Verfassungsänderung. 2000 betrieb ich nachhaltig und mit Erfolg die Regierungsbildung der ÖVP mit der FPÖ.

Bereits seit Ende der 1940er Jahre bemühten sich Vertreter des christlich-demokratischen Parteienspektrums in Europa um eine Intensivierung ihrer Kontakte und Zusammenarbeit. 1965 gingen die NEI in der EUCD auf.

Das geschah alles ohne mein Wissen und Zutun, vor meiner Zeit.

Wie haben Sie die Gründung der EUCD erlebt? War das überhaupt ein Thema für Sie?

Die EUCD-Gründung erlebte ich zwiespältig. Unsere Hauptpartner in der Außenpolitik waren damals die drei anderen Neutralen, die nicht alle in der EUCD vertreten waren oder nur lau die Entwicklungen beobachteten. Deutschland, der große Nachbar, wurde zuerst misstrauisch beobachtet, er missbilligte ja auch anfänglich unseren Weg in die Neutralität. Italien wiederum war der andere große Kontrahent, Stichwort Südtirol und die Brennergrenze. Die EUCD wurde vor allem von der DC Italiens und der CDU gegründet, die niederländischen und belgischen Christdemokraten standen uns nicht sehr nahe. An sich war mir diese Mitgliedschaft wichtig, vor allem wegen des Kontakts zur EWG und

wegen der bilateralen Möglichkeiten, mit italienischen Christdemokraten die Südtirol-Verhandlungen politisch zu begleiten. Als Organisation war die EUCD allerdings ein Bild der Ineffizienz und des Speseneuropäertums. Innerparteilich in Österreich eine Domäne der Generalsekretäre der ÖVP – Herbert Kohlmaier, Erhard Busek, Sixtus Lanner engagierten sich alle. Busek und Lanner waren aber sehr schnell EG-Befürworter und sahen die begrenzten Möglichkeiten der EUCD, die mit Gründung der EVP bald zu einem Schatten wurde.

Wann ist Ihnen eigentlich zum ersten Mal die Materie der christdemokratischen Parteienkooperation bewusst geworden?

1973, als ich Direktor der Politischen Akademie geworden war und feststellte, dass wir mit der CDU, der CSU und der DC Italiens Seminaustausche hatten, die sehr beliebt und wichtig waren: Berlin-Seminare mit der KAS, Rom-Wochen mit der DC, Brüssel-Wochen mit den belgischen Christdemokraten.

Wer waren Ihrem Wissen nach innerhalb der Partei die führenden Exponenten und wichtigsten Pioniere bei den Anfängen der europäischen Vernetzungen?

Pioniere waren zuerst Dr. Felix Hurdes,⁵⁰⁰ dann der Nationalratspräsident Alfred Maleta, gefolgt vom legendären Generalsekretär Hermann Withalm, gefolgt von Herbert Kohlmaier, Sixtus Lanner und Erhard Busek. Alois Mock spielte eine wichtige Rolle bei den christlichen Arbeitnehmern im Rahmen der EUCD und war überzeugter Europäer, allerdings lange kein EU-Befürworter, ein „Ostler“ eben, als Anhänger einer gesamteuropäischen Strategie, Détente, Entente, Kooperation. Ludwig Steiner war sein wichtigster Ratgeber und Unterstützer in allen Fragen der Südtirol-Lösung, aber auch eher ein „Ostler“, obwohl aus dem Westen, Tirol, kommend. Josef Klaus war gleichermaßen ein „Westler“ und nutzte das internationale Netzwerk konsequent, sein Mann dafür war der Botschafter Dr. Franz Karasek, zuerst Abgeordneter im Nationalrat, später Generalsekretär des Europarats.

500 | Felix Hurdes (1901–1974), österreichischer Politiker und Mitbegründer der ÖVP sowie ihr Generalsekretär, 1953–1959 Präsident des Nationalrats.

Welche Bedeutung hatte die europäische Integrationspolitik für Ihre Partei?

Sie war Kernstück der Außenpolitik der ÖVP und über Jahrzehnte ein deutliches Abgrenzungsmerkmal zu den Sozialisten (später ab 1991 Sozialdemokraten). Aus vielen Bezügen heraus wollte die ÖVP immer die Europapartei sein. Sie betrieb den Beitritt zum Europarat, lange vor der ebenfalls neutralen Schweiz. Die ÖVP wollte sich auch der EWG assoziieren, während die SPÖ die als Konkurrenz zur EWG gegründete EFTA, die Freihandelsassoziation, bevorzugte. Für die SPÖ war die EWG die Gemeinschaft der sozialen Marktwirtschaft und mit ihren vier Freiheiten mit dem damals neuen, neomarxistischen Parteiprogramm der SPÖ absolut unvereinbar. Die frühe Integrationspolitik der ÖVP unter Bundeskanzler Klaus scheiterte schließlich am italienischen Veto 1967 wegen der ungelösten Südtirol-Frage. Österreich war 1960 doch der EFTA beigetreten und segelte fortan im Geleitzug mit Schweden, der Schweiz und Finnland. Dies prägte die Ära Kreisky in der österreichischen Außenpolitik. Die ÖVP machte mit, da ihre Liebe zur EWG, dann EG, durchaus unerhört blieb und die UdSSR ein unerbittlicher Gegner eines solchen Schrittes blieb. Mit der Gründung der EDU 1978, in der Alois Mock bald den Vorsitz von Josef Taus übernahm, änderte sich dies schrittweise. Mit Gorbatschow und der Perestroika änderte sich die Haltung Russlands. Damit zog die ÖVP die Europapolitik wieder hoch und nach dem Wiedereintritt der ÖVP in die Koalitionsregierung mit der SPÖ wurde der EG Beitritt 1988 vom Parteivorstand einstimmig beschlossen – sehr zur Überraschung auch des Parteiobmanns, Alois Mock und seines außenpolitischen Sprechers, Ludwig Steiner, die immer skeptisch gewesen waren. Treibende Kraft waren damals die Landeshauptleute Wilfried Haslauer⁵⁰¹ von Salzburg und Josef Krainer⁵⁰² aus der Steiermark. Von 1987 an war die ÖVP die stets drängende Kraft und profilierte sich stark, trotz des Widerstands der Wirtschaftskammer Österreichs, mächtiger Sozialpartner, die protektionistisch eingestellt war und dem Osthandel mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) große Bedeutung beimaß und vor der Zoll- und Wirtschaftsunion Angst hatte.

501 | *Wilfried Haslauer (1926–1992), österreichischer Politiker der ÖVP, 1977–1989 Landeshauptmann von Salzburg.*

502 | *Josef Krainer (geb. 1930), österreichischer Politiker der ÖVP, 1981–1996 Landeshauptmann der Steiermark.*

Welchen Stellenwert nahm die Parteienkooperation im Rahmen der Arbeit der Gesamtpartei ein?

Josef Taus stimmte aus strategischem Kalkül einer Führungsrolle der ÖVP bei der Gründung der EDU zu. Josef Taus wollte in die EG und Mitglied der gerade gegründeten EVP werden – dies verhinderten die Belgier, Niederländer und Italiener in der EUCD. Sie wollten weder die „neutralen Integrationsverwässerer“ noch die ideologisch abgelehnten „Konservativen“ aus der EFTA: aus Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland, Großbritannien. Die nicht-sozialistischen Parteien aus diesen Ländern wurden ferngehalten. Deutschlands CDU und Bayerns CSU dachten strategisch weit voraus. Das waren Helmut Kohl und Franz Josef Strauß. Sie wollten beide Parteigruppen: die gleichgesinnten Parteien aus den neutralen Ländern, aus Frankreich und Großbritannien. Sie dachten an die Mehrheiten im EP. Paris war stets eine Messe wert. So wurde 1978 die EDU gegründet, Josef Taus Vorsitzender und Ihr Interviewpartner Generalsekretär. Vor allem Alois Mock machte die EDU zu einem Kernstück seiner fast missionarisch betriebenen Arbeit zur europäischen und dann weltweiten Einigung der christlich-demokratischen, konservativen und anderen nicht-sozialistischen Parteien. Damit rückte er die EDU-Arbeit in die Mitte der politischen Arbeit in der Zeit der Opposition von 1978 bis 1987. Aber auch als Außenminister und Vizekanzler engagierten sich Mock selbst und die Partei total. Die Arbeitsweise der EDU stellte in ihren bis zu sechs parallelen Arbeitsgruppen auf die multilaterale Zusammenarbeit der Generalsekretariate und Parlamente ab – die Arbeitsgruppen befassten sich mit Kernfragen der Gesellschaft: Europa, soziale Marktwirtschaft, Arbeitsmarkt – und Beschäftigung, Sicherheit, Bildung, Energie, Wahlkampftechniken, u. a. m. Mitglieder der nationalen Parlamente trafen in diesen Gruppen zusammen, die viermal im Jahr tagten – damit entstand ein Netzwerk, das ganz wichtig wurde. Eine besondere Aufgabe erhielt die EDU vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – denn in zahlreichen *fact-finding-missions* wurden Kontakte mit den gerade entstehenden demokratischen Parteien geknüpft, organisatorische und finanzielle Hilfe geleistet, und neue Parteien in die EDU aufgenommen. Viele der damals in Arbeitsgruppen aufeinandertreffenden Abgeordnete trafen sich später als Regierungsmitglieder wieder. Josef Riegler⁵⁰³ und Erhard Busek,

503 | Josef Riegler (geb. 1938), österreichischer Politiker der ÖVP, 1987–1989 Landwirtschafts- und Forstminister, 1989–1991 Föderalismus- und Verwaltungsreformminister sowie Vizekanzler seines Landes.

Nachfolger von Alois Mock als ÖVP-Obmänner, setzten das Engagement Mocks fort. Riegler lud zu den legendären runden Tischen mit den neuen Parteien in Mitteleuropa auf das Donauschiff „Mozart“, Busek konzentrierte sich persönlich stark für die Parteien des Donauraums. Wolfgang Schüssel setzte diese Tradition nicht fort.

Trifft es zu, dass eine Partei in Opposition grundsätzlich ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt?

Vordergründig, ja. Die Parteiaußenpolitik war die Möglichkeit der Oppositionsparteien, ins staatliche Monopol der Außenpolitik einzudringen und selbst außenpolitische Präsenz zu zeigen. Aber auch als Regierungspartei war das Interesse dann groß, vor allem die EVP-Vorbesprechungen zu den europäischen Räten und Ministerräten sind von immenser Bedeutung. Dort konnten und können die Obleute von Beitrittskandidaten zur EU direkt mit Staats- und Regierungschefs der EU beraten. Das ist heute ebenso wichtig wie früher.

Wie haben Sie die EVP- (1976) und die EDU-Gründung (1978) erlebt?

Die EVP-Gründung zuerst positiv als einen endlich wirksamen, nicht von den italienischen Christdemokraten beherrschten Mechanismus an Stelle der EUCD. Als dann der Brückenschlag zu den Parteien aus den neutralen Ländern und den Konservativen scheiterte, fühlten wir uns ausgegrenzt und ungerecht behandelt. Ein letzter Rettungsversuch in Gesprächen mit Leo Tindemans scheiterte. Die Enttäuschung und der Ärger über die EVP – die niederländischen und italienischen „Orthodoxen“ hatten sich durchgesetzt – stieg. Nur deshalb wurde ersatzweise die EDU gegründet. Die EVP wurde fortan bis zur Vereinigung mit der EDU als auf das EP und die dortige Willensbildung begrenzte wichtige Europa-Partei betrachtet, die allerdings die Zusammenarbeit der nationalen Parteien nicht bewältigen konnte und wollte. Wenn man aus der Sicht von 2012 die Entwicklungen betrachtet: CDU und CSU hatten ebenso recht wie wir Österreicher. Wo sind heute die Orthodoxen? In den Niederlanden stark reduziert, in Italien eine respektable und wichtige Kleinpartei, die Konservativen irgendwo, nur nicht in der Union engagiert – die Tories auf einem gefährlichen Weg, der abschüssig in Richtung Freihandelszone geht, es werden gerade die EFTA und der EWR wieder erfunden.

Im Jahre 1976 wurde die EVP gegründet. Die EUCD bestand bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1998 parallel weiter. Wie haben Sie diese Doppelgleisigkeit erlebt?

Als politisch unerhebliche Geldverschwendung und Spielwiese für einige, vor allem südeuropäische Funktionäre. Aber weiter nicht schädlich – die Musik spielte in der EVP und viele Jahre lang in der EDU.

Welche Themen wurden in der EUCD und der EDU diskutiert und welche politischen Ziele verfolgten sie?

Die EDU hatte strategische und taktische Ziele. Strategisch war sie auf die Erweiterung der Union auf alle Staaten des damaligen Europarats angelegt, die den *Acquis communautaire* bereit waren anzunehmen. Strategisch war auch das Konzept der Volkspartei, die alle nicht-sozialistischen Kräfte bündeln und integrieren sollte. Christdemokraten, Konservative, Liberale und Marktwirtschaftler sollten im EP in der EVP zusammenarbeiten und in den Staaten zu Volksparteien integriert werden. Die soziale Marktwirtschaft, verbunden mit parlamentarischer Demokratie und klarer Zielsetzung zum europäischen Bundesstaat, mit gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik waren klare inhaltliche Orientierungen. Der Pragmatismus vieler Parteien rechts der Mitte und in der Mitte sollte durch eine klare Grundwerte-Orientierung ersetzt werden. Daher arbeitete die EDU in *Working Committees* klare ideologische Leitlinien für ihre Parteien heraus.⁵⁰⁴ Taktisch bestimmt war die Zielsetzung, den Sozialisten in den Staaten mehrheitsfähige Parteien gegenüberzusetzen und der SI europa- und weltweit zu begegnen und im EP stärkste Fraktion zu werden. Viele dieser strategischen und taktischen Ziele wurden zeitweise auch erreicht, sind heute aber gefährdet und nach wie vor aktuell. Eindeutig waren auch der Antimarxismus und die Ablehnung der Zusammenarbeit mit kommunistischen oder ehemals kommunistischen Parteien.

Welche Rolle spielte Ihre Partei innerhalb der EUCD?

In der EUCD waren wir Mitläufer, die Mitarbeit war auf ganz wenige Personen beschränkt. Abgesehen von nützlichen vorteilhaften Kontak-

504 | *Einen guten Überblick bieten: Andreas Khol/Lars Tobisson/Alexis Wintoniak: Twenty Years European Democrat Union 1978–1998. Wien 1998.*

ten, allerdings nur auf der zweiten und dritten Ebene, war sie gelegentlich nützlich. Die „großen Akteure“ waren lange die italienische DC, ein wenig auch die wegen ihrer ibero-amerikanischen Interessen aktiven Außenpolitiker der spanischen Volkspartei, dazu noch die CDU/CSU, die mit ihrem weltweiten Netz der KAS auch die Logistik dafür hatten und die hierfür notwendigen Ressourcen. Mit dem Verbleichen der DC verlor auch die EUCD. Sie schwand langsam dahin. Eine wichtigere Rolle, aber auch nicht eine des Primus inter Pares spielte die ÖVP in der EDU und auch in der IDU. Wie schon mehrmals erwähnt, war Alois Mock missionarisch tätig. Er präsierte von 1979 bis 1991 fast jeden der zwei bis drei Mal im Jahr stattfindenden Lenkungsausschüsse persönlich, ebenso die jährlichen Parteiführer-Konferenzen, und leitete selbst mehrere *fact-finding-missions*. Sein Antrieb waren die Schaffung eines Gegengewichts zur SI, gefolgt von der europäischen Integration, dann die Einrichtung von Schwesterparteien in den neuen Demokratien von MOE. Hier konnte Österreich wegen seiner traditionell hervorragenden Kontakte über die Blockgrenzen hinweg viel bewirken. Eine kleinere, aber doch wichtige Bedeutung hatte das Faktum, dass in all den Jahren der Existenz der EDU das Sekretariat in Wien beheimatet war und von hier aus die Aktivitäten präzise vorbereitet und durchgeführt wurden. Bis 1993 war der Autor Generalsekretär, bis zu seiner Wahl zum Fraktionschef der ÖVP im Nationalrat, gefolgt von Alexis Wintoniak, der dann auch die Zusammenlegung mit der EVP und einige Jahre später schließlich die Auflösung der EDU administrativ perfekt und geräuschlos erledigte. Wie man aus der politischen Entwicklung der Europapolitik der Tories gelernt hat, war die Auflösung der EDU, die eine wichtige Klammer zwischen den Parteien der Unionsmitglieder war, vielleicht doch ein Fehler.

Wie gestaltete sich die Kooperation zwischen EUCD und EVP bzw. EVP-Fraktion? Welche Rolle spielte die EUCD für die EVP-Fraktion?

Dazu kann ich wenig beitragen. Die Atmosphäre war auf der Ebene der Sekretariate recht spannungsgeladen.

Wer waren die führenden Repräsentanten der christlich-demokratischen und konservativen Parteienkooperation und was zeichnete sie aus?

An der Spitze sind Helmut Kohl (CDU), Jacques Chirac vom *Rassemblement pour la République* (RPR) und Margaret Thatcher von der

Conservative Party zu nennen. Theo Waigel (CSU),⁵⁰⁵ Carl Bildt und Lars Tobisson⁵⁰⁶ von den Moderaterna Schweden, Ilkka Suominen⁵⁰⁷ und dann Sauli Niinistö von Kansallinen Kokkomus, Finnland, Kåre Willoch, Høyre Norwegen, Poul Schlüter, Konservative Folkeparti Dänemark, Dora Bakogianni⁵⁰⁸ von der griechischen ND waren die konservativen Pioniere der europäischen Parteienzusammenarbeit, um nur einige zu nennen. Sie waren trotz unterschiedlichen Alters und Herkunft geprägt vom Leitsatz „Freiheit oder Sozialismus“, von der Überzeugung, dass nur ein geeintes Europa (über das „Wie“ gab es schon keine Einigkeit mehr) dem Sowjet-Imperialismus Einhalt gebieten könnte und dass den Sozialisten mit ihren Vorstellungen einer Demokratisierung der Kommunisten nicht über den Weg zu trauen wäre.

Welche Störfaktoren gab es im Hinblick auf den Aufbau und die Organisationsarbeit in der transnationalen Parteienkooperation?

Während es auf linker Seite mit der Vielfalt der vom Sozialismus irgendetwas geleiteten Parteien in der Welt keine Schwierigkeiten gab – der Pragmatismus war groß und man arbeitete durchaus auch mit totalitären sozialistischen Parteien zusammen – so waren die Parteien auf der anderen, nicht-sozialistischen Seite wesentlich kapriziöser. Keine Partei des nicht-angelsächsischen Raumes wollte in den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts „konservativ“ sein – es war damals fast ein Schimpfwort. Die Christdemokraten waren stolz auf ihr „hohes C“, viele blickten nicht sehr weit in die Zukunft und sahen nicht voraus, dass die religiöse Komponente in der Politik immer mehr an Bedeutung verlieren würde – dass die Kirchen mit allen Parteien auf gutem Fuße standen wollten, und die Anzahl der politisch aktiven Christen schrumpfen würde. So wollten manche christlich-demokratischen Parteien partout nicht mit Konservativen, den Gaullisten und den Rechtsliberalen zusammenarbeiten. Diese Frontstellung machte die innere Entwicklung der Parteien zu Volksparteien, der sozialen Marktwirtschaft und parla-

505 | Theo Waigel (geb. 1939), deutscher Politiker der CSU, 1988–1999 deren Vorsitzender, 1989–1998 Finanzminister seines Landes.

506 | Lars Tobisson (geb. 1938), schwedischer Politiker der Moderaten Sammlungspartei, 1974–1981 Generalsekretär seiner Partei.

507 | Ilkka Suominen (geb. 1939), finnischer Politiker der Nationalen Sammlungspartei, 1979–1991 Vorsitzender seiner Partei.

508 | Dora Bakogianni (geb. 1954), griechische Politikerin der ND, seit 2010 der von ihr gegründeten Demokratischen Allianz, 2009 Außenministerin ihres Landes.

mentarischen Demokratie verpflichtet, sehr schwer, und die transnationale Zusammenarbeit schwierig. Während die SI mit Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky florierte, der sowjetische Imperialismus in der Ära Leonid Breschnew noch zwischen 1970 und 1980 ein Land der „Dritten Welt“ nach dem anderen „eingemeinden“ konnte, wurde 1978 die Gründung der EDU als Brücke gleichgesinnter Parteien auch von manchen christlich-demokratischen Parteien als „Schwarze Internationale“ verteufelt, uns Österreichern machten vor allem die orthodoxen christlich-demokratischen Italiener, Belgier und Niederländer Vorwürfe. Als gerade diese Kreise aber verhinderten, dass die in Gründung befindliche EVP breiter aufgestellt wird, ideologisch und weiter ins Nicht-EG-Europa hineinwuchs, entschloss sich die ÖVP nicht mehr zuzusehen und betrieb sehr massiv, Josef Taus an der Spitze, mit Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Margaret Thatcher und Jacques Chirac, die Gründung der EDU. Das Konzept ging langsam, am Anfang sehr zäh, nach der Wende aber sehr flott auf. Die EVP amalgamierte schließlich die EDU.

Wer waren die konfliktrträchtigsten, streitbarsten und somit sozusagen schwierigsten Persönlichkeiten auf nationaler wie auf europäischer Ebene?

Die Zeit marginalisiert diese Konflikte, wer kennt heute noch die verantwortlichen italienischen Christdemokraten, wer kennt noch Piet Bukman von den Niederländern, wer Leo Tindemans, um nur einige wichtige Personen zu erwähnen, aber: nomina sunt odiosa, vor allem nach einem Vierteljahrhundert.

Unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten bewirkten immer wieder Krisen innerhalb der EUCD, später auch der EVP und der EDU. Wie haben Sie die Beziehungen zwischen EUCD, EVP und EDU erlebt?

Die Frontstellung verlief zwischen EUCD und EDU, die EVP hielt sich heraus, ihre Generalsekretäre waren in den entscheidenden Zeitabschnitten immer enge Vertrauensleute von Helmut Kohl und handelten stets nach jenem Grundsatz, den die Staatskanzler Kaunitz⁵⁰⁹ und

509 | Wenzel Anton Graf Kaunitz (1711–1794), österreichischer Staatsmann und Diplomat, 1753–1792 Staatskanzler.

Metternich⁵¹⁰ ihren jeweiligen Herrschern empfahlen: Konflikte sind zu dissimulieren.

Die EUCD gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften, Parteien und Persönlichkeiten als zu lose und zu ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Ist das Urteil, von einer gescheiterten EUCD auch mit Blick auf die Vorgängersituation NEI zu sprechen, gerechtfertigt?

Das Urteil ist zu hart, es ist falsch. Die NEI waren Pioniere in ihrer Zeit und haben viel zur Bewältigung der Probleme des Nachkriegseuropa beigetragen: Saarland-Lösung, z. B. Südtirol-Frage, um nur zwei mir persönlich bekannt gewordene Problemfälle zu nennen. In der internationalen Parteienzusammenarbeit ging es lange Zeit gleich zu, wie bei den europäischen und internationalen Organisationen der Integration: viele wurden nacheinander gegründet, lange Zeit wurde keine aufgelöst. Sie blieben alle bestehen, die Gewichte verschoben sich eben. So blieb und bleibt der Europarat bestehen, auch nach der Gründung von EFTA und EWG. Ebenso blieb die EUCD bestehen, neben der EVP und der EDU. Die Musik spielte zwar anderswo, aber so manche Spielwiese blieb bestehen. Aber weder EVP noch EDU wären ohne EUCD gegründet worden. Insofern spielte sie über zwei, drei Jahrzehnte eine unersetzliche Rolle.

Wie erklären Sie den historischen Nachholprozess der Gründung von transnationalen Parteienkooperationen der Christdemokraten im Vergleich zur SI bzw. KI? Historisch bzw. faktisch lässt sich ja feststellen, dass es die SI bzw. KI zeitlich vor den christdemokratischen Parteizusammenschlüssen gab?

Ich habe dazu ja schon Stellung bezogen: Wären SI und Eurokommunisten nicht so gefährlich, weil die Themen bestimmend, geworden, wären die ideologischen und nationalistischen Eigenbröteleien nicht zu überwinden gewesen. Nicht zu übersehen ist dabei die Bedeutung von Margaret Thatcher, wie ich sie persönlich mehrfach erlebte. Sie war die

510 | *Klemens Wenzel Lothar Graf von Metternich (1773–1859), österreichischer Staatsmann und Diplomat, 1809–1848 Außenminister, 1821–1848 Staatskanzler.*

erste ideologisch markant vom Antikommunismus geprägte Tory-Chefin, sie erkannte die immer enger werdende Verflechtung auf der linken Seite und ihre Bedeutung für Europa, sie war sich absolut bewusst, dass sie kontinental-europäische Freunde und Bundesgenossen brauchte, sie sah die europäische politische Zusammenarbeit, geprägt vom Austausch der Mobiltelefon-Nummern voraus, und suchte noch als eigentlich chancenlose Oppositionsführerin die Nähe zur deutschen CDU, zur CSU, zum RPR, zu den sehr angesehenen skandinavischen Konservativen. Diese Einsicht scheint jenen Tory-Politikern zu fehlen, welche die EVP verlassen haben und seitdem auf europäischer Ebene ein politisches Schattendasein bevorzugen. Der *Economist*, an sich kein Freund enger politischer Integration in der EU, hatte zuerst das Wahlversprechen von David Cameron gepriesen, bei einem Wahlerfolg aus der EVP auszuschneiden. Umso bemerkenswerter unlängst die Meinungsänderung: Dies sei ein fundamentaler Fehler gewesen – kein Tory ist mehr bei den politisch so entscheidend wichtigen fraktionellen Vorbesprechungen der Regierungschefs der EVP dabei.

Im Jahre 1989 erfolgte der Fall der Mauer in Berlin. Der Weg zur deutschen Einheit wurde nicht nur mit positiv-guten Wünschen seitens der westeuropäischen Partner versehen. Wie haben Sie den Fall der Mauer und den Weg zur deutschen Einheit erlebt?

Ein unerwartetes Furioso und ein dramatisch ablaufender Entscheidungsreigen, der uns an der Peripherie der politisch zentral bestimmenden Kräfte überrollte, in dem wir mitliefen und sahen, wie schnell sich die Positionen entwickelten – zuerst waren die meisten EDU-Parteien zur Wiedervereinigung abwartend zurückhaltend, manche, wie die Franzosen und die Engländer, sogar skeptisch. In der EDU haben wir seit den polnischen Entwicklungen nach der Solidarność-Gründung die Herausbildung von gleichgesinnten Parteien in den MOE-Ländern verfolgt, unterstützt sowie materiell, personell und ideell gefördert. Zahlreiche Erkundungsmissionen, sehr oft geführt vom damaligen pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel, einem überzeugten Christdemokraten und Europäer, zugleich enger Vertrauter von Helmut Kohl, führten uns in die Sowjetunion (Verhandlungen mit Valentin Falin – ein eigenes, bizarres, unbekanntes Kapitel), nach Polen, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und nach Jugoslawien. Der Fall der Mauer, die Vereinigung, die Auflösung des Warschauer Pakts waren für uns alle Freudenfeste.

Noch eine gezielte Nachfrage: Ein Charakterisierung Ihres phonetischen Namensvetters Helmut Kohl – so wie Sie ihn erlebt haben – wäre sicher eine interessante Einschätzung auch von österreichischer Seite. Wie haben Sie ihn im EDU-Rahmen erlebt? Könnten Sie sich dazu auch äußern?

Helmut Kohl war ein großer Österreich-Freund. Das ging so weit, dass er oft den Eindruck erweckte, dass er besser wüsste, was Österreich gerade tun müsste. Er mischte sich daher sehr direkt auch in die österreichische Politik ein. Alois Mock war für ihn ein Werkzeug, aber viel zu wenig Machtmensch, so wie er. Er schätzte vor allem Wolfgang Schüssel. Letztlich war seine Stimme entscheidend für die Frage, wer Erhard Busek – den er nicht mochte und zu dem er kein wie immer geartetes Naheverhältnis aufbaute – nachfolgen sollte: Wolfgang Schüssel oder Andreas Khol. In der entscheidenden Sitzung am Pfingstmontag 1995 überbrachte der damalige Salzburger Landeshauptmann und gewichtige Stimmführer in der Runde der 15 Kurfürsten der ÖVP (die 9 Landesparteiobmänner und 6 Obleute der Teilorganisationen) Hans Katschthaler⁵¹¹ die Botschaft Helmut Kohls zur Obmann-Kür: „Wenn der Andreas Khol gewählt wird, dann komme ich nicht mehr jeden Sommer nach St. Gilgen! Nehmt den Schüssel!“ Was war der Grund für diese Meinung? – Ein sehr menschlicher: Kohl beherrschte keine Fremdsprache und warf sowohl Alois Mock als auch mir stets vor, dass wir in der EDU, in den jährlichen Parteiführerkonferenzen stets Englisch oder Französisch sprachen, wir wollten nicht als im Schlepptau der Deutschen gesehen werden.

Verstand sich Alois Mock mit Helmut Kohl tatsächlich sehr gut? In Kohls Memoiren und in den jüngst erschienenen Lageberichten aus dem Bundesvorstand der CDU 1989 bis 1998⁵¹² taucht der österreichische Außenminister kein einziges Mal auf, was doch gerade angesichts der ungarisch-österreichischen Grenzöffnung erstaunt.

511 | Hans Katschthaler (1933–2012), österreichischer Politiker der ÖVP, 1989–1996 Salzburger Landeshauptmann.

512 | Helmut Kohl. *Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*, bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 64). Düsseldorf 2012.

Auch die Reserven gegenüber Alois Mock waren für mich spürbar. Für Kohl war Alois Mock eine *anima candida*, eine reine Seele, aber zu wenig Machtmensch.

Wie gestaltete sich die bilaterale Parteien-Kooperation ÖVP-CDU/CSU während des deutschen Einigungsprozesses?

Ausgezeichnet. Zuerst gab es auch bei uns Stimmen, vor allem in Kreisen der Wirtschaftskammer (Rudolf Sallinger)⁵¹³ analog zur kolportierten Bemerkung des italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich am liebsten zwei davon habe!“ Dann aber setzte sich gewaltig die Volksstimme durch – natürlich voll dafür. Und so tat Österreich das, was es tun konnte: keine Grenzkontrollen für DDR Bürger, die aus Ungarn kommend, nach Deutschland durchreisten, Hilfe und Logistik für die Reisenden u.v.a.m.

Für Helmut Kohl war aber Gulya Horn der Held, der österreichische Beitrag wurde zwar von dem deutschen Botschafter in Wien Dietrich Graf von Brühl⁵¹⁴ gewürdigt, nicht aber von den Spitzen in Bonn.

Wer waren eigentlich Kohls parteipolitische Vertrauensleute mit Blick auf die Beziehungen zur ÖVP?

Kohl hatte die KAS in einer Außenstelle nach Wien gebracht, mit der Zustimmung von Alois Mock – ich war immer dagegen, setzte mich aber nicht durch und wurde schließlich in den Vorstand der Außenstelle Wien gewählt – als Aufpasser der ÖVP. Ich konnte da aber wenig dagegen tun, dass alle Interna der Partei wöchentlich bis ins Detail nach Bonn berichtet wurden. Vor allem die zweite und dritte Ebene in der Partei waren da sehr eingebunden.

Stimmt es, dass Kohl mit der Forcierung des österreichischen EG-Beitritts auch das strategische Ziel der Minimierung des österreichischen Neutralitätsstatus verfolgte? Rühren daher die Ressentiments auch zur SPÖ und zu Bundeskanzler Franz Vranitzky?

513 | Rudolf Sallinger (1916–1992), österreichischer Politiker der ÖVP, 1964–1990 Präsident der Wirtschaftskammer.

514 | Dietrich Graf von Brühl (1925–2011), deutscher Diplomat, 1986–1990 Botschafter in Österreich.

Helmut Kohl sah die Neutralität im Sinne von Konrad Adenauer stets als einen Makel an. Für ihn war Österreich das Würstl, mit dem die Sowjets nach der Speckseite warfen: Deutschland sollte wie Österreich wiedervereint, aber neutral werden: Österreich als Modell sozusagen. Adenauer hatte das sofort durchschaut und nahm Österreich die Neutralität übel, der erste Staatsbesuch nach dem Staatsvertrag von 1955 kam erst 1957 zustande. Kohl sah die Dinge völlig klar, und sie entwickelten sich auch dementsprechend. Das Ideologie-Gebäude, das Bruno Kreisky um die Neutralität herum errichtet hatte, vor allem die sogenannte wirtschaftliche Neutralität und die Vorwirkungen der Neutralität auf die Politik des Neutralen in Friedenszeiten, stürzte dann auch nach dem EU Beitritt Österreichs nach und nach zusammen. Der Amsterdamer Vertrag brachte den Todesstoß für diese ideologischen Konstrukte und reduzierte die Neutralität wieder auf das, als was sie Julius Raab schon 1955 sah: keine Militärbündnis-Zugehörigkeit und keine fremden Truppen auf österreichischem Territorium. Das wars.

Welche Folgen hatte das Jahr 1989 für die transnationale Parteienkooperation mit Blick auf das größer gewordene und vereinigte Europa?

Wie meinte so trefflich und irreführend Francis Fukuyama: „Das Ende der Geschichte“ sei gekommen.⁵¹⁵ Ein bisschen von dem, was er meinte, traf wohl die internationale Parteienkooperation. Folgen der Wende waren die EU-Erweiterung um die MOE-Länder wie auch der demokratische Aufbau in diesen Ländern. Dabei halfen EDU und vor allem die EVP, die bald die EDU an die Brust nahm und dann per Osmose aufnahm. Die vor der Wende hergestellten zahlreichen Kontakte erwiesen sich als überaus hilfreich und fruchtbar. Allerdings, der Feind war abhandengekommen: Kommunismus, Zentralverwaltungswirtschaft und Sowjetimperialismus. Freiheit oder Sozialismus? Was und wo ist dieser Feind? Dieser Zement bröckelte, eine Gegenbewegung entstand, seit Jahren spüren wir wieder zentrifugale Kräfte. Europa ist nicht mehr die Lösung aller Probleme und das Ideal der Jugend, sondern selbst zum Problem geworden.

Welchen Stellenwert würden Sie im historischen Rückblick grundsätzlich der transnationalen christdemokratischen Parteienkoopera-

515| Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

tion beimessen? Vernachlässigbare Größe oder wichtiger flankierender Faktor?

Zusammenfassend und am österreichischen Beispiel demonstriert: Ohne EUCD, dann EDU hätten wir nie das Misstrauen uns gegenüber als neutrale trojanische Pferde der Sowjets überwinden können, und das Vorurteil, wir seien stets die zweite deutsche Stimme, der kleine Bruder. Wir hätten ohne die Hilfe von Poul Schlüter, damals dänischer Ministerpräsident, Jacques Chirac und vor allem Helmut Kohl den schnellen Beitritt zur Union nicht geschafft – immer wenn die Kommission in Brüssel Schwierigkeiten sah, Kohl wusste uns immer zu helfen. Dazu eine Randbemerkung: Ich habe immer, auch in meiner aktiven Zeit, die Auffassung vertreten, dass das Engagement der SPÖ in der SI aus diesen Gründen ebenso wichtig sei, wie unseres in der EDU. So wie uns ging es vielen außerhalb der Union, den Skandinaviern, den Parteien der MOE-Länder. Die transnationale Parteienzusammenarbeit ist heute ebenso wie damals ein wichtiger, die europäische Einigung vorantreibender Faktor.

Welche Perspektive hat transnationale Parteienkooperation im Zeichen von EU-Staats- und Regierungschefs heute noch?

Zwei Interessen einen uns und bringen uns zur Zusammenarbeit: erstens die Gestaltung Europas in der EU als stärkste Fraktion im EP, zweitens das Bestehen des Wettbewerbs im Inneren: als Volksparteien der Mitte und rechts der Mitte im demokratischen Wettstreit um die Mehrheit im Lande. Für beides ist die transnationale Parteienkooperation wichtig.

Welche Bedeutung haben Parteien überhaupt noch in einer sich ändernden Demokratie im Zeichen eines Wandels der Medien- und Kommunikationsgesellschaft?

Die Parteien wird es immer geben, sie werden sich aber mit den Zeiten ändern. Wenngleich wir gerade scheinbar einen temporären Höhenflug der direkten Demokratie erleben, so wird hier bald Ernüchterung einkehren. Auch das Schweizer Modell, viel gepriesen, von wenigen durchschaut, wird an Anziehungskraft verlieren. Auch die Zersplitterung bzw. das Bröckeln der großen Volksparteien links und rechts der Mitte wird unaufhaltsam sein. Dies führt zu neuen Parteien. Ohne repräsentative Demokratie wird es aber nicht gehen – und daher sind Parteien unver-

zichtbar. Das Wahlrecht wird vielleicht personalisiert werden, die neuen Kommunikationsformen die alte Parteikultur wesentlich verändern, der Hang zur Technokratie wird zunehmen, aber es wird nach wie vor Parteien geben. Wieweit das „C“ mehr sein wird als eine historische und romantische Reminiszenz, bleibt offen. Derzeit geht die Prägekraft des Christentums für die Parteien markant zurück, religiös geprägte Parteien werden im Hinblick auf die steigende Anzahl der Moslems ohnehin problematisch gesehen.

Wie sehen Sie die Zukunft der EU?

Die EU wird die „Euro-Krise“ überwinden und sich dafür jene Werkzeuge schmieden, die bei der Einführung des Euro von manchen Staaten abgelehnt wurden: die Instrumente einer wirksamen gemeinsamen Finanz- und Budgetpolitik. Dabei wird sie einen weiteren Schritt hin zu einem europäischen Bundesstaat machen – obwohl man das Kind nicht beim Namen nennen wird, da es zu viele Gegner dazu gibt. Die EU wird in absehbarer Zeit alle Balkan-Staaten umfassen und eher spät aber doch ein Arrangement mit der Türkei finden. Inhaltlich wird die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik kontinuierlich vertieft werden. Eine andere, nur teilweise gegenläufige Entwicklung ist absehbar: das Europa der zwei Geschwindigkeiten – mit einem harten „Euro-Kern“, erweitert über die derzeitigen 17 Staaten hinaus, und einem Außenring von Staaten, die wie das Vereinigte Königreich und Tschechien außerhalb der echten Wirtschaftsunion bleiben wollen und auch ihre Steuer-, Sozial- und Sicherheitspolitik nicht vergemeinschaften wollen. Viele Spannungen werden anhand dieser Sollbruchstelle verlaufen.

Herzlichen Dank!